Frederik Brandenstein und Daniela Strüngmann

Die Verwaltung als Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und dem politischen System und seinem Personal auf der anderen Seite, ist ein legitimatorischer "Hot Spot", dessen Stellenwert durch politische und gesellschaftliche Trends in den letzten Jahrzehnten immer weiter an Bedeutung gewonnen hat. Aus Beobachtungen lassen sich skizzenhaft Muster der Zuschreibung von Legitimität durch die Bürger und legitimatorische Strategien des Verwaltungspersonals erkennen, die mit den Erwartungen, die man aus sozialpsychologischen, organisationstheoretischen und verwaltungswissenschaftlichen Vorarbeiten heraus formulieren kann, abgeglichen werden. Aus einem solchen Ansatz heraus kann man Wege ableiten, wie eine mit politischen Aufgaben belastete Verwaltung funktional notwendiges und normativ wünschenswertes Legitimationspotenzial gewinnen kann. Kurz gesagt besteht auch als Folge jahrelanger Verwaltungsreformen Nachholbedarf beim bewussten und systematischen Umgang mit Legitimitätsansprüchen der Bürger.

Geld, Willkür und Gefühle

Dipl. pol. Frederik Brandenstein ist Geschäftsführer des Profilschwerpunkts „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ an der Universität Duisburg-Essen und promoviert zum Thema „Legitimation der Verwaltung“.

M.A. Daniela Strüngmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen und promoviert zum Thema „Genese des Meinungsbildes der Bürger gegenüber der öffentlichen Verwaltung.

Programm

10.15 Uhr **Begrüßung & Eröffnung**

Kristina Weissenbach, Universität Duisburg-Essen

10.30 Uhr **Informelles Regieren als Analyseperspektive**

Theoretische Überlegungen zur Entstehung, Funktion und Veränderung informeller Institutionen

Timo Grunden, Justus-Liebig-Universität Gießen

11.30 Uhr **Parteiwechsel in den Parlamenten Subsahara-Afrikas: Herausforderungen für die Legitimität politischer Parteien**

Martin Goeke, Universität Duisburg-Essen

12.30 Uhr ***Mittagspause***

14.00 Uhr **(Berufs-)Politik ohne Mandat**

Innerparteiliche (Mit-)Steuerung durch die Mitarbeiter im Party Central Office – Gefahr für die demokratische Legitimation politischer Parteien in Deutschland?

Sebastian Bukow, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

15.00 Uhr **Geld, Willkür und Gefühle**

Strategien und Erwartungen bei der Legitimation von Verwaltungshandeln

Frederik Brandenstein und Daniela Strüngmann, Universität Duisburg-Essen

16.00 Uhr **Abschließende Diskussion**

Profilschwerpunkt

Wandel von Gegenwartsgesellschaften. Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

Programm

Drittes Kolloquium der Nachwuchsforschergruppe „Herausforderung Legitimität. Gesellschaft und Regieren unter veränderten Bedingungen“

www.uni-due.de/legitimitaet/

Timo Grunden

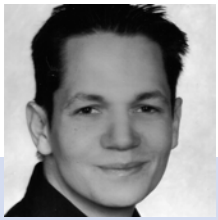
Es gibt kein politisches System, dessen *Verfassungswirklichkeit* sich allein aus dem formalen und materiellen Staatsorganisationsrecht entschlüsseln ließe. Politik und Regieren unterliegen auch Regeln, Normen Akteurkonstellationen und Handlungen, deren Existenz und Wirkung nicht auf rechtlich verbindliche Institutionen zurückzuführen sind. All diese Komponenten erfahren oft die Klassifizierung als „informell“. Die Feststellung, dass ihnen für die Analyse politischer Entscheidungsprozesse eine kaum zu überschätzende Bedeutung zukommt, ist für die moderne Regierungsforschung konstitutiv, droht zeitgleich aber auch ins Triviale abzugleiten, weil unter dem Begriff „Informalität“ so viele wie verschiedene soziale Phänomene subsumiert werden, dass sein analytischer Nutzen in Frage steht.
Die grundlegende These des Vortrages lautet, dass die Unterscheidung von formalen und informellen Komponenten nur dann Erkenntnisgewinne verspricht, wenn sie an spezifische Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände gebunden bleibt. Der gemeinsame Fluchtpunkt ist die Machtfrage: „Wer trifft auf welche Weise die politisch wichtigen Entscheidungen tatsächlich?“ (Rudzio 2005: 10). Hinzuzufügen ist: Aufgrund welcher Motive und Ressourcen?
Das zweite zentrale Argument wird lauten, dass Informalität nur eine Eigenschaft von Institutionen sein kann, keine von Handlungen. Auf der Basis dieser Prämissen werden im dritten Schritt Thesen zur Entstehung, Funktion und Veränderung informeller Institutionen entwickelt.

Informelles Regieren als Analyseperspektive

Dr. Timo Grunden hat die Vertretungsprofessur am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Justus-Liebig-Universität Gießen inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind das Regieren im politischen System der BRD, politische Führungs- und Regierungsstilanalyse sowie Parteienforschung.

Martin Goeke

Ungeachtet der unterschiedlichen Ergebnisse der seit Ende der 1980er Jahre zu beobachtenden Demokratisierungswelle ist die Renaissance politischer Parteien auf dem afrikanischen Kontinent sichtbarer Ausdruck der veränderten politischen Landschaft geworden. Allgemein wird von der Mehrheit der Forscher angenommen, dass die neu entstandenen Parteien und Parteiensysteme auch in Afrika einen wichtigen Beitrag für die demokratische Performanz, ihre Legitimität und Konsolidierung leisten können. Ein Merkmal afrikanischer Parteiensysteme ist jedoch das regelmäßige Auftreten von Parteiwechseln von Abgeordneten. Da Parteiwechsler fast immer von Oppositionsparteien zur Regierung wechseln, wodurch die durch den Wählerwillen festgelegten Gewichte auf breiter Front verschoben werden, können diese nicht nur eine steigende Wählerapathie zur Folge haben. Es kann darüber hinaus auch zu erheblichen Vertrauensverlusten gegenüber politischen Parteien und zur Ablehnung des gesamten Mehrparteiensystems kommen.
Der Vortrag arbeitet unter Hinzunahme von Umfragedaten des *Afrobarometers* heraus, ob ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Zustimmungswerten der politischen Parteien und der gemessenen Anzahl an Parteiwechseln empirisch für die Staaten Afrikas nachgewiesen werden kann.



Parteienwechsel in den Parlamenten Subsahara-Afrikas: Herausforderungen für die Legitimität politischer Parteien

Dipl. Soz.-Wiss. Martin Goeke promoviert an der Universität Duisburg-Essen zum Thema „Parteiwechsel und Institutional Engineering: Erklärungen und Auswirkungen von Regulierungen des Parteiwechsels und ihr Beitrag zur Konsolidierung der jungen Demokratien Afrikas“.

Sebastian Bukow

Die bundesdeutschen Parteien haben sich in den vergangenen Jahren professionalisiert. Die Entwicklung hin zu professionalisierten Wähler- bzw. Medienkommunikationsparteien geht dabei auf Kosten der innerparteilichen Mitwirkungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Funktionäre und Mitglieder, trotz der (meist nur formalen) Ausweitung direktdemokratischer Elemente im innerparteilichen Entscheidungsprozess. Es ist unbestritten, dass vor allen die Party in Public Office an Einfluss gewonnen hat. Doch auch die in der Forschung bislang vernachlässigten Party Central Offices, vor allem die Parteigeschäftsstellen, haben sich neue Machtressourcen erschlossen. Denn, so die These, die Geschäftsstellen werden nunmehr zu zentralen innerparteilichen Akteuren. Sie sind nicht mehr bloß ausführende Dienstleister, sondern vertreten den Anspruch auf innerparteiliche Einflussnahme und Mitsteuerung. Dies betrifft die Organisation von Wahlkämpfen ebenso wie den parteilichen Organisations-, Kommunikations- und Entscheidungsalltag.
Der Vortrag stellt daher empirische Befunde zu den Parteigeschäftsstellen vor. Welche Aussagen lassen sich über die dort tätigen „Berufspolitiker ohne Mandat“ treffen? In welchem Umfang und über welche Wege versuchen diese, innerparteilich Einfluss auszuüben? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Legitimation parteilichen Handelns unter der Maßgabe innerparteilicher Demokratie?

(Berufs-)Politik ohne Mandat

Dr. Sebastian Bukow ist Akademischer Rat a. Z. an der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutschen Parteiorganisationen, europäische Parteien sowie das Politikfeld Innere Sicherheit.